

Israel denkt über Einschränkungen der humanitären Hilfe für Gaza nach

Israel erwägt, die humanitäre Hilfe für Gaza nach Trumps Amtsantritt zu begrenzen, um Hamas den Zugang zu Ressourcen zu verwehren. Experten warnen vor einer verschärften humanitären Krise.

Israel erwägt, die humanitäre Hilfe für den Gazastreifen zu beschränken, nachdem Donald Trump später in diesem Monat ins Amt kommt. Dies geschieht in dem Bestreben, Hamas die nötigen Ressourcen zu entziehen, wie ein israelischer Offizieller, der mit der Materie vertraut ist, berichtet.

Die Situation in Gaza

Seit dem 7. Oktober führt Israel militärische Operationen im Gazastreifen durch, um Hamas zu dismanteln. Die israelischen Behörden sehen jedoch, dass die Militanten nach wie vor in der Lage sind, die Verwaltung zu kontrollieren, indem sie humanitäre Hilfe für sich beanspruchen. Ein solcher Schritt zur Beschränkung der Hilfsgüter könnte die bereits katastrophale humanitäre Lage der Zivilbevölkerung weiter verschärfen.

Hilfsorganisationen und die Alarmglocken

Hilfsorganisationen haben unermüdlich einen Anstieg der humanitären Hilfe gefordert, die in den belagerten Gazastreifen gelangen darf. Sie warnen seit Monaten vor dem zunehmenden Risiko einer Hungersnot für die Zivilbevölkerung. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) **gab es am Dienstag ein Update,**

demzufolge im Dezember nur 2.205 Hilfstransporter Gaza erreicht hätten, ohne kommerzielle Fahrzeuge und Treibstoff einzurechnen.

Die Kontroversen um die Hilfstransporte

Israel bestreitet diese Zahl und erklärt, dass es keine Obergrenze für die Menge an Hilfsgütern gibt, die in den Gazastreifen einfließen können. Laut einer Erklärung von der Koordination der Regierungsaktivitäten in den Gebieten (COGAT) seien über 5.000 Lkw im Laufe des Monats eingetroffen. UN-Vertreter hingegen berichten, dass vor dem Konflikt tägliche etwa 500 Lkw, also etwa 15.000 pro Monat, in den Gazastreifen gelangten.

Akute Nahrungsmittelunsicherheit

Nach Angaben von OCHA sind geschätzte 91 % der rund 2,1 Millionen Bewohner von Gaza von akuter Nahrungsmittelunsicherheit betroffen. Dies schafft einen kritischen Handlungsbedarf in der Region.

Die Rolle der USA in der humanitären Krise

Im Oktober, weniger als einen Monat vor den US-Präsidentschaftswahlen, sandte die Biden-Administration einen Brief an die israelische Regierung **in dem gefordert wurde, innerhalb von 30 Tagen die humanitäre Lage in Gaza zu verbessern**, um nicht gegen US-Gesetze zu verstoßen, die die militärische Unterstützung im Ausland regeln. Andernfalls könnten die Militärhilfen der USA auf dem Spiel stehen.

Die US-Forderungen und Israels Antwort

Die Forderungen umfassten die Erlaubnis für mindestens 350 Lkw pro Tag, in Gaza einzufahren, sowie die Umsetzung von Kampfpausen, um den Fluss und die Sicherheit humanitärer

Konvois und Bewegungen zu verbessern. Eine Woche nach dem Wahlsieg von Trump und dem Ablauf der Frist **bewertete die Biden-Administration**, dass Israel die Hilfe nicht blockierte, obwohl wichtige Forderungen aus dem Brief weiterhin unerfüllt blieben.

Der Stand der US-Militärhilfe

Das Außenministerium erklärte, dass Fortschritte erforderlich seien, aber dennoch erzielt wurden. Daher sollte es keine Unterbrechungen in der Waffenversorgung der USA geben. Am Freitag **informierte das Außenministerium inoffiziell den Kongress** darüber, dass es plant, Waffen im Wert von 8 Milliarden US-Dollar an Israel zu verkaufen, berichteten ein US-Beamter und eine andere mit der Materie vertraute Quelle gegenüber CNN.

Details

Quellen

• **edition.cnn.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at